

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 2 21 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Organ für amtliche Kundmachungen

Anzeigenpreise: Die 1 Spalt. Millimeterzeile Anzeigen Reklame
Inland 7 Rp. 20 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans b. Sennwald) 9 Rp. 24 Rp.
Uebrig Schweiz 10 Rp. 24 Rp.
Ausland 12 Rp. 28 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Zum Schutze der Familien

Die Neuordnung der Kinderzulagen

(en) Dem Schutz der Familie als Keimzelle der kleinsten Gemeinschaft unseres Volkes wurde seit jeher besonderes Augenmerk geschenkt. Es wurde längst erkannt, daß es ohne gesunde Familien kein gesundes Volk gibt und daß es erste Aufgabe eines Volkes ist, nach dieser Erkenntnis auch zu handeln. Vor allem der materielle Schutz der Familien stellt gerade in der heutigen Zeit große Aufgaben. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß zum Teil heute noch der kinderreiche Familienvater beinahe dasselbe Einkommen hat wie der Junggeselle, dann können wir uns das kaum vorstellen. Familienväter sind daher heute noch auf den Mitverdienst ihrer Ehefrau oder später auf den Verdienst der älteren Kinder angewiesen. Solche Verhältnisse verlangen, daß Schritte unternommen werden, um diese Familien wirksam zu schützen. Der Zwang der Mutter, ihrer Familie durch ein zusätzliches Einkommen den Lebensunterhalt zu sichern, ist für die Familie äußerst nachteilig. Ganz abgesehen davon, daß damit einer Frau über große Arbeitsleistungen zugemutet wurden. Man muß erkennen, daß es so nicht ohne Schaden für die Familie abgeht und daß diese Schäden, die sich für die Familie ergaben, behoben werden müssen. Es geht darum, dem Familienvater bei gleicher Arbeitsleistung ein größeres Einkommen zu sichern als demjenigen, der keine Versorgerpflichten zu erfüllen hat. Es wurden bereits verschiedene Wege gegangen und viele Möglichkeiten geprüft. Manches wurde belassen und anderes wieder verworfen.

So führte ein Weg über die sog. Kinderzulagen z. B. an die Arbeitnehmer eines Betriebes. Dies setzte nicht nur eine Mehraufwendung an Löhnen der betr. Betriebe voraus, sondern vor allem ein soziales Verständnis für die Lage der verheirateten Arbeitnehmer. Solche Regelungen schufen schließlich einen gewissen Ausgleich, aber sie konnten auf die Dauer nicht ganz befriedigen. Schon die verschiedenen Ansätze für die sog. Kinderzulagen zwischen Betrieben und Arbeitnehmern sorgten nicht für gerechte Verhältnisse beiderseits. Der eigentliche Grund aber, warum nach einer neuen Lösung gesucht wurde, war, dem Familienvater seinen Arbeitsplatz zu schützen. Nachdem für den Arbeitgeber die Beschäftigung von Familienvätern mehr Belastung an Löhnen brachte, so kam er vor allem bei Neubedarf von Arbeitskräften in die Versuchung, die Familienväter zum Voraus zu benachteiligen, indem er die nicht Unterstützungspflichtigen einfach den andern vorzog. In Zeiten der Überbeschäftigung wirkte sich das weniger aus, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften groß ist. Trotzdem gab es solche Fälle und wir dürfen deshalb den betr. Arbeitgeber nicht einmal verurteilen, weil er im Konkurrenzkampf einerseits zu vorsichtiger Kalkulation gezwungen wird. Es kann auch nicht Aufgabe der Unternehmer allein sein, für den materiellen Schutz der Familien zu sorgen. Dafür ist die ganze Gemeinschaft da, d. h. das ganze Volk ist dafür verantwortlich. Gewiß ist die Pflicht des Arbeitgebers größer, aber auch da muß ein gewisses Verhältnis spielen. Aber nicht dieser Mangel allein wäre für eine Neuordnung maßgebend. Mit den Arbeitnehmern blieb nämlich nur ein Teil der Familien geschützt. Der Kleinbauer und der Kleingewerbler, die in vielen Fällen nicht mehr verdienen als ein Arbeiter oder ein Angestellter, fielen immer noch aus und so wurde nach einer Lösung gesucht, die die Familien aller Stände des Volkes umfaßt. Von der Ideallösung eines Volksobligatoriums, das jeden zur Zahlung verpflichten und zum Bezug berechtigen würde, müßte meines Erachtens abgesehen werden, weil ein Teil auf Grund ihres Einkommens auf keinen materiellen Schutz ihrer Familie Anspruch erheben wollen.

Man ging bei uns einen anderen Weg und

stellte als Grenze für den materiellen Familienschutz ein bestimmtes Einkommen fest. Man sprach von einem sog. Existenzminimum. Diese Lösung nach einem sog. Schlüssel ließ aber große Mängel zu Tage treten. Jene Ehepaare, die sich gemeinsam anstrengten, um für ein ordentliches Einkommen zu sorgen, wurden für ihre Arbeitswilligkeit bestraft, weil sie dieses Existenzminimum für den Bezug von Kinderzulagen überschritten. —

Unser Landtag hat sich mit dieser Angelegenheit mehrmals befaßt und das ganze Problem war immer wieder Gegenstand von Beratungen und Prüfungen. Schließlich dachte man an die Einrichtung einer Familien-Ausgleichskasse, wie sie bereits in der Schweiz in verschiedenen Kantonen eingerichtet wurde. Dabei spielte die Erfassung aller Familien unter einem gewissen Einkommen die Hauptrolle, denn man will mit dieser Ausgleichskasse nicht nur für die Arbeitnehmerfamilien, sondern auch für jene des Gewerbe- und Bauernstandes einen materiellen Schutz erreichen, der bis jetzt noch fehlte. Diese Globallösung, wie man sie auch nennen kann, ist zur Zeit auch Gegenstand der Beratung einer speziellen Kommission, die sich mit der Vorlage der Fürstl. Regierung befaßt und in welcher alle Stände unseres Volkes vertreten sind. Ohne den Gang dieser Beratungen beeinflussen zu wollen, oder der Kommission und den Behörden vorzugreifen, ist zu sagen, daß sich alle, die es angeht, mit diesem Problem befassen sollten. Wenn wir uns fragen, ob eine sog. Globallösung notwendig ist, dann müssen wir — uns immer die dringende Aufgabe des Familienschutzes vor Augen haltend — eine solche Lösung nur bejahen. Wenn der Staat heute schon mehr als 100 000 Franken im Jahr für die Kinderzulagen ausschüttet, dann müssen an diesem Betrag alle Familien unseres Landes, die auf Grund ihres Einkommens schutzbedürftig sind, zum Zuge kommen. Unter dieser Voraussetzung und auf dieser Grundlage sollten auch die Beratungen weiter geführt werden. Es ist ganz klar, daß solche Neuerungen nicht übers Knie gebrochen werden können, sondern daß es reiflicher Überlegungen und Erfahrungen anderer bedarf, um das Richtige für unsere Verhältnisse zu treffen. Natürlich wird eine globale Lösung auch entsprechende Mittel und auch finanzielle Opfer fordern. Diese Aufwendungen dürfen aber nicht nur als reine soziale Abgabe taxiert werden, sondern sie müssen unter ganz anderen Gesichtspunkten gewertet werden.

Abgesehen davon, daß sie manchem Familienvater seine Lage bedeutend erleichtert und mancher Familie die Mutter für die Erziehung und für den Haushalt ganz schenken, so ist noch etwas anderes von besonderer Bedeutung.

Wir müssen endlich davon abkommen, daß das älteste und ev. noch das zweitälteste Kind unserer Familien weiter gezwungen sind, als Hilfsarbeiter oder als Hilfsarbeiterin die finanzielle Lage der heranwachsenden Familie überbrücken zu helfen. Diese jungen Menschen, die auf den ersten Anhub Geld verdienen sollen, braucht unsere Wirtschaft künftig als geschulte Kräfte. Das setzt aber voraus, daß sie die Möglichkeit haben, sich nach Schulaustritt sofort der Ausbildung für den Beruf widmen zu können. Diese Möglichkeit ist von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung für unser Land und es kann daher nur im Interesse aller Stände und des Volksganzen liegen, daß durch einen wirksamen Familienschutz diese Ziele erreicht werden. Sie werden sich mehr als bezahlt machen, wenn nicht heute, so bestimmt morgen.

Wir fördern damit nicht nur das Gedeihen der Familie, sondern auch die Qualität unserer Arbeitskräfte, auf die alle Zweige unserer Wirtschaft so dringend angewiesen sind. — So gesehen, erfüllt der Familienlastenausgleich nicht

nur eine soziale Aufgabe zur Gesunderhaltung unserer Familien, sondern auch eine wirtschaftliche, die nicht unterschätzt werden darf.

Das ganze Problem ist wichtig genug, um uns alle zur Mitarbeit zu verpflichten.

Jahresversammlung des Historischen Vereins

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer berichteten, fand am vergangenen Sonntagmittag in Schaan die Jahresversammlung des Historischen Vereins statt. Mit der Jahresversammlung war eine interessante Besichtigung der Ausgrabungsstätte des römischen Castells in Schaan verbunden. Unter Führung des Vereinsvorsitzenden, Herr Oberlehrer David Beck erhielten die zahlreichen Anwesenden Aufschluß aus berufenem Munde. Bekanntlich ist Herr Oberlehrer David Beck ein großer Kenner und Forscher auf diesem Gebiet, dessen Arbeit auch im Ausland bereits besonders geehrt und beachtet wurde. An dieser Besichtigung bei der St. Peters-Kapelle in Schaan nahm auch Seine Durchlaucht Fürst Franz Josef II. sowie Vertreter der Regierung und des Landtages, Dr. Grabher, Landesamtsdirektor aus Bregenz, Museumsdirektor Dr. Vonbank, Bregenz, Herr Prof. Dr. H. Bertogg, Direktor des Rätischen Museums in Chur, Dr. Ingbert Ganns, Professor am Collegium Marianum, Dr. Lueger, Feldkirch, Reallehrer Benedikt Frei und Lehrer Inhelder, teil.

Nach der aufschlußreichen Besichtigung versammelten sich im Saale des Hotels „Linde“ in Schaan über 100 Mitglieder zur ordentlichen Jahresversammlung, die vom Vereinsvorsitzenden herzlich begrüßt wurden. Ehrerbietigsten Willkommgruß richtete er an Seine Durchlaucht Fürst Franz Josef II. und hieß in der Folge auch die Vertreter des Landtages und der Regierung, sowie die Tagesreferenten und die Ehrengäste und Mitglieder herzlich willkommen. Die Versammlung genehmigte das Protokoll der letzten Jahresversammlung und den Kassabericht. Der nachfolgende Jahresbericht durch den Vereinsvorsitzenden enthielt u. a. die erfreuliche Tatsache, daß der Verein im vergangenen Jahr 30 neue Mitglieder verzeichnen durfte. Dann wurde besonders der Schenkung der Burgruinen Neu- und Alt-Schellenberg mit dem dazugehörigen Boden gedacht, die Fürst Franz Josef II. dem Verein großzügigerweise überlassen hat. „Der Historische Verein“, so führte der Vereinsvorsitzende aus, „werde zusammen mit der Regierung und mit dem Forstamt alles unternehmen, um diese Historischen Stätten zu schützen“.

Nach Genehmigung des Jahresberichtes folgte die Versammlung einem interessanten Vortrag von Museumsdirektor Prof. Dr. Bertogg von Chur, der einleitend für die Einladung dankte und den Grüßen der Historischen Gesellschaft von Graubünden sein Referat anknüpfte. Der Vortragende verstand es ausgezeichnet, das sicher schwere Thema zu behandeln. Er vermied jede streng wissenschaftliche Form und lockerte das Referat mit Humor und Wirklichkeitsnähe so auf, daß alle seinen Worten mit großem Interesse folgten. Wir können leider infolge Raummangel nicht auf Einzelheiten eingehen und müssen uns auf ein Gesamtlob für den Referenten beschränken, der seinem Vortrag noch eine Reihe von Bildern folgen ließ, so u. a. auch von der Fundstelle Gutenberg.

Nicht weniger interessant war der zweite Vortrag mit Lichtbildern von Dr. Ingbert Ganns, Professor für Geschichte am Collegium Marianum. Sein Thema und seine Bilder befaßten sich mit den liechtensteinischen Geschichtsdenkmälern.

Sein Vortrag war nicht nur ein Beweis seiner Verbundenheit mit unserem Land, sondern er verstand es, die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf Werte hinzulenken, die viele Liechtensteiner unterschätzen. — Beide Referenten ernteten großen Beifall.

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Eine gute Lösung!

Am vergangenen Montag beschlossen die Gemeindeversammlungen von Vaduz und Schaan den Bau eines gemeinsamen Schwimmbades unterhalb der Mühleholzrüfe. Damit geht ein jahrelang gehegter Wunsch von Jung und Alt in Erfüllung. Das Erfreuliche an der ganzen Sache ist, daß das Vorhaben in beiden Gemeindeversammlungen ohne große Opposition durchging und wir sind überzeugt, daß sich jene, die sich heute an der Aufbringung größerer Geldmittel für eine solche Einrichtung noch stoßen, im positiven Sinne überzeugen lassen. Man könnte viele Gründe anführen, warum die Anlage eines Schwimmbades nicht mehr verfrüht ist. Vor allem die Jugend wird der Beschluß beider Gemeinden besonders freuen und sie hofft, daß sie sich bald im neuen Schwimmbad tummeln darf. Mit Recht wies der Landtagsabgeordnete, Sanitätsrat Dr. Martin Risch, während der Diskussion in der Vaduzer Gemeindeversammlung darauf hin, daß wir aus Volksgesundheitsrück-sichten verpflichtet sind, in dieser Hinsicht etwas zu tun. Es sei falsch, wenn man nicht erkennen wolle, daß gerade die heutige Lebensweise solche Einrichtungen verlange. Er habe schon vor 10 Jahren auf deren Notwendigkeit hingewiesen und er fühle sich als Arzt verpflichtet, sich für den Bau eines Schwimmbades einzusetzen.

Wir möchten allen jenen, die sich für die Verwirklichung eines jahrelangen Wunsches einsetzen, herzlich danken und vor allem den Gemeindevertretungen von Vaduz und Schaan unsere Anerkennung aussprechen, daß eine dringende Aufgabe nicht länger aufgeschoben wird.

Ein Lehrer im Namen vieler Schüler.

Hierauf konnte der Vorsitzende des Historischen Vereins die interessante und lehrreiche Jahresversammlung schließen. In seinem Dankeswort richtete er an Seine Durchlaucht den Landesfürsten eine Ergebnissadresse, dankte allen Anwesenden und den Tagesreferenten für ihre Mitarbeit und schloß die Tagung mit einem Gedenken an die Freiheitshelden des schwergeprüften ungarischen Volkes.

Verleihung der Gedenkmedaille in Balzers

Am Dienstagabend fand im Gemeindehaussaal im Rahmen einer schlichten Feier die Verleihung der Erinnerungsmedaille durch Seine Durchlaucht den Landesfürsten statt. Der Gemeindehaussaal war in ein feierliches Gewand gelegt worden, die Landesfarben und die Farben des Fürstenhauses umrahmten das Fürstentwappen, flankiert vom blaugoldblau der Gemeindefarben mit dem Gemeindegewapp und untermalt vom Grün und Weiß der Blumen.

Nach dem Empfang des Durchlauchten Landesfürsten eröffnete die Harmoniemusik die Feier mit dem Trompeterruf. Herr Gemeindevorsteher Fidel Brunhart begrüßte dann namens der Gemeinde S. D. Fürst Franz Josef, Herrn Regierungschef Frick, Herrn Kabinettsdirektor Wilhelm und alle Anwesenden. Er umriß kurz den Zweck des Abends und kam dann auf die heutige Weltlage zu sprechen und unterstrich vor allem, daß, während andere Völker unter der Unterjochung leiden und ihr Blut vergießen müssen, wir in Frieden solche Feierstunden begehen dürfen. Wir dürften uns glücklich fühlen, ja sogar behaupten, eines der glück-